

XIV.

Bürger = Convents = Verhandlungen.

Am Freitag, den 24. September 1841.



Antrag des Senats.

Der Senat hat die Ehrliebende Bürgerschaft heute versammelt, um sich über folgende Gegenstände mit derselben zu berathen und zu vereinbaren.

I. Handels- und Schiffahrts-Vertrag mit Mexico.

In der Versammlung des Bürger = Convents vom 29. Februar 1828 theilte der Senat der Ehrliebenden Bürgerschaft einen, unter dem 16. Juni des vorhergehenden Jahres zu London zwischen den Bevollmächtigten der Hansestädte und der Vereinigten Staaten von Mexico abgeschlossenen Handels- und Schiffahrts-Vertrag mit, und in der nämlichen Versammlung erklärte dieselbe ihr Einverständniß mit dessen diesseitiger Ratification.

Da inzwischen die Mexicanische Regierung hinsichtlich dieses so wie ähnlicher Tractate mit Frankreich u. s. w. behauptete, ihr damaliger Unterhändler habe seine Vollmachten überschritten, und deshalb ihrer Seits die Ratification weigerte, so mußten neue Unterhandlungen angeknüpft werden, welche denn zu der zwischen dem Hanseatischen Agenten und Generalconsul in London, Herrn Colquhoun, Namens der Hansestädte, und dem Mexicanischen bevollmächtigten Minister am Londoner Hofe, Herrn de Gorostiza, für Mexico, unter dem 7. April 1832 zu London geschlossenen Convention und einer darauf Bezug habenden Erklärung von gleichem Datum geführt haben. Da den neuerdings eingegangenen amtlichen Nachrichten zufolge diese Ueber-

(50)

einkunft

Der Abdruck der Anlage A. und ad A. wird nachgeliefert.

einkunft nach langjährigen, zum Theil durch die bekannten politischen Ereignisse in Mexico herbeigeführten Zögerungen jetzt endlich mexicanischer Seits ratificirt ist, so nimmt der Senat, welcher diesen Vorgang abwarten zu müssen geglaubt, keinen längeren Anstand, dieselben der Ehrliebenden Bürgerschaft mit der Bemerkung, daß die gegenwärtige Uebereinkunft von der früheren nur in Betreff einiger unbedeutender Nebenpuncte, rücksichtlich der Consularrechte, der Flaggenlegitimation, der Küstenschiffahrt und des Detailhandels abweicht, zum Behuf ihrer Erklärung über die diesseits zu

Anlage A. verfügende Ratification in der Anlage A. in Deutscher Uebersetzung mitzutheilen.

Auch wird nach Erledigung dieses Gegenstandes die in Erwartung solcher Abschlüsse bereits 1829 für dadurch veranlaßte Ausgaben an Ehrengeschenken und Canzleigebühen bewilligte, seit einigen Jahren und auch im gegenwärtigen (Cap. IV. Art. 3. der außerordentlichen Ausgaben) vor die Linie gestellte Summe von 2000 ₰ jetzt in die Linie zu rücken und die Generalcasse bei erfolgender Anweisung zu deren Auszahlung zu ermächtigen sein.

II. Ausführung des Bundesbeschlusses vom 24. Juni 1841.

Einen diesen Gegenstand betreffenden, ihm von der Militair-Deputation einge-

Anlage B. reichten Bericht theilt der Senat der Ehrliebenden Bürgerschaft in der Anlage B. zu ihrer Erklärung über die darin enthaltenen Vorschläge, unter Vorbehalt der feineren, mit.

III. Verhältniß der diesjährigen Staats-Ausgaben zu den Staats-Einnahmen und daraus erwachsenes Bedürfniß.

Der Senat hat bereits in den Conventen vom 23. April und 11. Juni die Ehrliebende Bürgerschaft aufmerksam darauf gemacht, daß, da die gewöhnlichen Staats-Einnahmen zu den diesjährigen nothwendig erachteten und daher beschlossenen Ausgaben bei weitem nicht hinreichten, und das sich aus dem Budget ergebende Deficit deshalb so beunruhigender Art sei, es sich nothwendig zeige, bei Zeiten auf außerordentliche Hülfsmittel Bedacht zu nehmen, damit nicht in den letzten Monaten des Jahres bedenkliche Verlegenheiten entstünden.

Die Ehrliebende Bürgerschaft hat diese Besorgniß zwar bis jetzt nicht getheilt und deshalb seiner Aufforderung noch keine Folge gegeben.

Allein der Senat würde seiner Pflicht entgegen handeln, wenn er eine so wichtige Angelegenheit unserer Staatsverwaltung ferner außer Acht ließe. Er hat sich daher über den gegenwärtigen Stand der Rechnung unsers Staatshaushalts berichten lassen und daraus entnommen, daß am Schlusse des Monats August, wo man den Gang der finanziellen Verhältnisse in diesem Jahre schon genau genug zu übersehen vermag, das muthmaßliche Deficit sich noch um etwa 10,000 ₰ höher darstellt, als es von ihm in seinem Antrage vom 11. Juni d. J. angegeben worden.

Kann man sich nun auch gern der Hoffnung hingeben, daß nach den Erfahrungen früherer Jahre nicht alle Ausgabefonds völlig verwandt, auch einige Einnahmen etwas

h5

höheren Ertrag liefern werden, so ist doch eben aus dieser Erfahrung nur abzunehmen, daß bei der bedeutenden Größe des muthmaßlichen Deficits dieses sich höchstens um ein Drittheil vermindern, und daher immer noch eine, zumal in einem Friedensjahre überaus große Summe von mindestens 80,000 ₰ als wirkliches Deficit nur durch außerordentliche Hülfsmittel zu decken sein wird.

Es wird indeß vorausgesetzt, daß, da schon bisher die großen Summen, welche der Brückenbau und was damit in Verbindung steht kostet, durch Anleihen angeschafft sind, nun auch, so weit die diesjährigen Fonds der Schuldentilgung nicht hinreichen, die in diesem Jahre noch erforderlichen Baukosten herzustrecken, dieselben durch weitere Anleihe von Privatleuten einstweilen gedeckt werden mögen, welches etwa noch 22,000 ₰ sein werden. Wenn aber dann doch das wirkliche Deficit muthmaßlich noch etwa so viel, wie vorhin angegeben, betragen dürfte, so scheint es dem Senat durchaus nicht angemessen, vielmehr für unsern Staatscredit bedenklich und mit den Grundsätzen einer guten Staatsverwaltung unvereinbarlich, auch solchen diesjährigen Bedarf der Generalcasse durch neue Anleihen herbeischaffen zu wollen, und zweifelt Er nicht, daß die Ehrliebende Bürgerschaft diese Ansicht mit ihm theilen und sich mit ihm vereinbaren werde, durch anderweitige Hülfsmittel, die, nachdem es viele Jahre nicht erforderlich gewesen, Gebrauch davon zu machen, nicht besonders beschwerend erscheinen können, dem Bedürfnisse zeitig abzuhelpen.

IV. Nachbewilligungen.

Es ist dem Senate zur Anzeige gekommen, daß auf folgende Nachbewilligungen angetragen werde:

1) Das für die Kosten der Bürgerconvente Ausgesetzte reicht in diesem Jahre nicht aus, und es werden noch dazu nöthig sein 250 ₰.

2) Zu den Unkosten des Criminalgerichts sind noch ferner erforderlich 500 ₰.

3) Zur Ausführung der auf den Vortrag der Deputation für Bremerhaven durch die Vereinbarungen vom 21. Mai und 11. Juni d. J. beschlossenen Zoll-Einrichtung für Bremerhaven, sind von der ersteren die Einrichtungen dahin getroffen, daß ein Zollcomtoir für die erforderlichen Abfertigungen und Abschreibungen eröffnet und zur Controlle zwei Außenposten an der Fährre und an dem Chausseehause bestellt worden. Da der bisherige Erheber Riemenschneider sich jetzt ausschließlich diesem Verzollungsgeschäft widmen muß, so hat die mit der weiteren Regulirung dieser Angelegenheit beauftragte Deputation angemessen erachtet, seinen Gehalt statt bisheriger 100 ₰ auf vierhundert Thaler festzusetzen, für jeden der beiden Außenposten aber eine Remuneration von zwanzig Thalern jährlich zu bestimmen.

Da diese Gehalte nun für das laufende halbe Jahr vom 1. Juli bis Ende December noch die weitere Summe von 170 ₰ betragen, so wird angetragen, diese nachträglich auf die Rubrik der Salarien und Gehalte zu bewilligen.

4) Durch die Verordnung vom 12. Juli d. J. in Betreff der neuen Bauten ist festgesetzt, daß bei dem zum Besten des Publicums von Privatleuten

begehrten Begräumen von Ausluchten und ähnlichen Anlagen das Maaß der Entschädigung zuvörderst von der Finanz-Deputation mit den Betheiligten verhandelt werden solle, um wo möglich eine gütliche Vereinbarung herbeizuführen; in Entstehung dessen dann das vorgeschriebene Abschätzungsverfahren eintreten soll.

Es sind bereits mehrere Fälle vorgekommen, wo die Entschädigung gütlich vereinbart ist, und andere werden noch im Laufe des Jahres vorkommen. Allein es ist im Budget kein Fonds für die Berichtigung der ausgelobten Vergütungen ausgesetzt. Die Finanz-Deputation trägt daher darauf an, ihr für diesen Zweck einstuweisen 1000- R zur Disposition zu stellen.

Die Ehrliebende Bürgerschaft wolle nunmehr diese Gegenstände unter dem segensreichen Beistand des Höchsten in Berathung nehmen.

Erklärung der Bürgerschaft.

Eine löbliche Bürgerschaft erklärt sich auf die heutigen Vorträge des Hochweisen Rathes in Folgendem:

Zu I. Handels- und Schiffahrts-Vertrag mit Mexico,
dankt Sie für desfallige Mittheilungen, den Aeußerungen des Hochweisen Rathes zufolge nimmt Sie keinen Anstand, denselben zu ersuchen und zu ermächtigen, solchen in gewöhnlicher Weise Namens Rath und Bürgerschaft zu ratificiren.

Betreff der Ausgaben tritt Sie dem Antrage des Senats bei, und ermächtigt die Generalcasse zu der nöthigen Auszahlung.

Zu II. Ausführung des Bundesbeschlusses vom 24. Juni d. J.,

dankt die Bürgerschaft für die Mittheilung des Berichts, so wie besonders der Militair-Deputation für ihre vielfachen Bemühungen; Sie setzt darüber ihre Erklärung für heute aus und behält solche bis zum nächsten, baldigst nach erfolgtem Abdruck des heutigen Convents-Protocolls und Berichts anzusetzenden Convent bevor.

Zu III. Verhältniß der diesjährigen Staats-Ausgaben zu den Staats-Einnahmen und daraus erwachsenes Bedürfniß.

Die Bürgerschaft setzt darüber ihre Erklärung für heute aus, ersucht vielmehr die Finanz-Deputation vorab um einen genauen Bericht über den Stand der Generalcasse und der aus deren Einnahmen zu bestreitenden Verwendungen, so wie des danach sich ergebenden Deficits und Vorschläge zu dessen Deckung.

Zu IV.

Zu IV. Nachbewilligungen.

Die Posten 1, 2 und 4 bewilligt Sie; die unter 3 angetragenen 170 \$ bewilligt Sie für dieses Jahr und behält sich über diesen Gegenstand die weiteren Bestimmungen zu dem Budget des nächsten Jahrs bevor.

Sie schließt mit den besten Wünschen für die Fortdauer der Wohlfahrt unsers Freistaats.

Schluß=Antwort des Senats.

Indem der Senat wegen Ratification des Handels- und Schiffahrts-Vertrags mit Mexico das Erforderliche verfügen wird, und hinsichtlich der bewilligten Zahlung aus der Generalcasse sich mit der Bürgerschaft einverstanden erklärt, wird er nach erfolgter näherer Berathung mit der Finanz-Deputation die Ehrliebende Bürgerschaft nächstens wieder versammeln, um die beiden wichtigen Gegenstände, über welche dieselbe ihre Erklärung ausgesetzt hat, ihrer baldigsten Entledigung zuzuführen.

Für heute entläßt Er die Ehrliebende Bürgerschaft unter den besten Wünschen für das fortdauernde Wohl unsers Freistaats.

Anlage A.

zum Antrage des Senats.

Au nom de la très-sainte Trinité.

Le Sénat de la ville libre et Anseatique de **Lubeck**, le Sénat de la ville libre et Anseatique de **Bremen** et le Sénat de la ville libre et Anseatique de **Hambourg**, (chacun de ces Etats pour soi séparément) d'une part, et le Vice-Président des **Etats Unis du Mexique** de l'autre part, également animés du désir de procurer toutes les facilités et tous les encouragemens possibles au Commerce et à la Navigation des pays respectifs et de leurs Citoyens, et persuadés que rien ne sauroit contribuer davantage à l'accomplissement de cet objet désirable que l'établissement et l'ordre de leurs relations sur la base de justice et de réciprocité, sont convenus de conclure un Traité d'amitié, de commerce et de navigation, à cet effet ont nommé leurs Plénipotentiaires, savoir:

Le Sénat de la ville libre et Anseatique de Lubeck, le Sénat de la ville libre et Anseatique de Bremen et le Sénat de la ville libre et Anseatique de Hambourg:

le Sieur Jacques Colquhoun, leur Agent et Consul Général près l'illustre Gouvernement de S. M. le Roi du Royaume Uni de la Grande Bretagne et de l'Irlande.

Et le Vice-Président des Etats Unis du Mexique,

Son Excellence Monsieur Manuel Edouard de Gorostiza, son Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique.

Lesquels après s'être communiqué réciproquement leurs pleins-pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, ont arrêté et conclu les Articles suivans.

Article 1.

Il y aura entre les Républiques libres et Anseatiques de Lubeck, Bremen et Hambourg, et leurs Citoyens, et les Etats Unis du Mexique, et leurs Citoyens, amitié, bonne intelligence, et liberté réciproque de Commerce.

Article 2.

Chacune des Parties Contractantes pourra nommer pour la protection du commerce des Consuls qui résident dans les territoires de l'autre partie. Mais avant qu'un Consul n'entre en fonction, il devra être approuvé et admis dans la forme usitée par le Gouvernement chez lequel il est envoyé. Chacune des deux Parties Contractantes pourra défendre aux Consuls la résidence dans les lieux particuliers, où elle ne jugera pas convenable de les admettre.

Les Agens diplomatiques et les Consuls Mexicains jouiront, dans les domaines des Républiques Anséatiques de Lubeck, Bremen et Hambourg, de tous les privilèges, exemptions et immunités accordées ou à accorder aux Agens du même rang de la nation la plus favorisée. De la même manière les Agens diplomatiques et Consuls des Républiques Anséatiques de Lubeck, Bremen et Hambourg dans les domaines Mexicains, jouiront dans la plus exacte réciprocité de tous les privilèges, exemptions, et immunités qui sont ou qui seront accordés aux Agens diplomatiques et Consuls Mexicains dans les domaines des Républiques Anséatiques de Lubeck, Bremen et Hambourg. —

Article 3.

En considération de l'étendue bornée des territoires des Républiques de Lubeck, Bremen et Hambourg, et de l'union intime de commerce et navigation qui existe entre ces Républiques, il a été stipulé et convenu que tout navire sous pavillon d'une de ces Républiques, et qui sera reconnu appartenir exclusivement à un ou plusieurs Citoyens ou Sujets de l'une ou de l'autre, et dont le Capitaine sera aussi Citoyen ou Sujet de l'une ou de l'autre, sera tenu et considéré pour les objets de cette Convention comme bâtiment appartenant à Lubeck, Bremen ou Hambourg, et réciproquement tout bâtiment sous pavillon Mexicain, et qui appartiendra exclusivement à un ou plusieurs Citoyens Mexicains ou Natifs du Mexique, et dont le Capitaine sera Citoyen ou Sujet du Mexique, sera tenu et considéré pour tous les objets de cette Convention comme bâtiment Mexicain. Et il est convenu en outre que tout bâtiment Mexicain qui ira directement avec son chargement aux Ports de Lubeck, Bremen ou Hambourg, de quelque pays qu'il vienne ou successivement de l'un à l'autre, sera considéré pour ces mêmes objets à l'instar d'un navire Anséatique qui naviguera avec son chargement entre ces Ports. —

Article 4.

Il est en outre convenu que tout navire prêt à naviguer selon les conditions établies par l'Article précédent devra être muni d'un registre, passeport, ou lettre de sûreté signée par la personne dûment autorisée à cet effet, (dont la forme sera communiquée par les Parties Contractantes réciproquement,) sur laquelle on fera selon les loix de chaque pays, déclarer le nom, l'emploi, et la résidence du propriétaire de la cargaison, les dimensions et toutes autres qualités qui fassent connoître la nationalité du navire.

Article 5.

Il est également convenu qu'il sera permis aux Consuls respectifs de faire des représentations toutes les fois, qu'il leur sera prouvé qu'un article dans le Tarif a été porté au-dessus de sa valeur, en sorte que ses représentations soient prises en considération dans le plus court délai possible, sans qu'il en résulte aucun retardement pour l'expédition des marchandises.

Art.

Article 6.

Les droits de tonnage, de phare, de port, de pilotage, de sauvetage, et autres charges locales seront dans tous les ports de Lubeck, Bremen ou Hambourg pour les Navires Mexicains les mêmes absolument que ceux payés dans les mêmes ports par les navires de la Nation la plus favorisée; ils seront d'ailleurs dans les ports du Mexique pour les bâtimens de Lubeck, Bremen et Hambourg exactement les mêmes que ceux acquittés dans les mêmes ports par les bâtimens de la Nation la plus favorisée.

Article 7.

A dater d'aujourd'hui et après cette époque les bâtimens de Lubeck, Bremen et Hambourg, qui entreront dans les ports du Mexique, ou qui en sortiront, et les navires Mexicains qui entreront dans les ports de Lubeck, Bremen et Hambourg, ou qui en sortiront, ne seront sujets à des droits de vaisseau autres ou plus considérables que ceux qui sont actuellement ou pourront par la suite être imposés aux navires de la Nation la plus favorisée, à leur entrée dans ces ports ou à leur sortie.

Article 8.

Toutes les marchandises et objets de commerce qui peuvent être légalement introduits de quelque pays que ce soit dans les ports du Mexique par des navires de la Nation la plus favorisée, pourront être également introduits de quelque pays que ce soit par des navires de Lubeck, Bremen ou Hambourg, et toutes les Marchandises et objets de Commerce qui peuvent être légalement exportés des ports du Mexique pour quelque pays que ce soit par des navires de la Nation la plus favorisée, pourront être également exportés pour quelque pays que ce soit par des navires de Lubeck, Bremen et Hambourg. Et toutes les marchandises et objets de commerce qui peuvent être légalement introduits de quelque pays que ce soit dans les ports de Lubeck, Bremen et Hambourg, par les bâtimens des Nations les plus favorisées, ou qui peuvent être exportés des mêmes ports par les susdits bâtimens, le pourront être également par des bâtimens Mexicains.

Article 9.

Toutes les marchandises et objets de commerce dont l'entrée dans les ports de Lubeck, Bremen ou Hambourg est permise seront exactement sujets aux mêmes droits et aux mêmes formalités requises pour l'importation, qu'ils soient importés par les navires de la Nation la plus favorisée ou par les navires Mexicains, et il sera accordé pour toutes les marchandises et objets de commerce dont la sortie des ports de Lubeck, Bremen et Hambourg est permise, les mêmes primes, remboursemens de droits, et avantages, et les mêmes formalités requises pour l'exportation, soit que l'exportation se fasse par les navires appartenans à la Nation la plus favorisée ou par les navires Mexicains, et

la même réciprocité sera observée dans les ports du Mexique relativement à toutes les marchandises et objets de commerce qui seront légalement importés ou exportés dans des navires appartenans aux dites Républiques de Lubeck, Bremen et Hambourg. Il est en outre convenu que quand le Gouvernement du Mexique mettra le pavillon d'une Nation quelconque en tout cas sur le pied du pavillon national, les mêmes avantages seront accordés aux pavillons de Lubeck, Bremen et Hambourg, et réciproquement que les mêmes privilèges seront dans ce cas accordés au pavillon du Mexique dans les dits Ports Anséatiques que ceux dont jouira le pavillon national.

Article 10.

En conséquence de la liberté de navigation et de commerce stipulée réciproquement par ce Traité, les Citoyens des villes Anséatiques de Lubeck, Bremen et Hambourg, pourront entrer avec leurs bâtimens dans les ports, rades, et ancrages du territoire Mexicain qui sont ouverts au commerce étranger et dans lesquels peuvent ou pourront entrer les citoyens et bâtimens des Nations les plus favorisées. Les citoyens et navires Mexicains auront le même droit dans les ports, rades, et ancrages des territoires Anséatiques, ouverts au commerce étranger et dans lesquels peuvent ou pourront entrer les citoyens et bâtimens des Nations les plus favorisées. Dans le droit d'entrée dans tous les lieux, ports, et ancrages mentionnés dans le présent Article, n'est pas compris celui de pouvoir faire le commerce d'échelle, ni le privilège de faire celui de cabotage qui restent réservés aux vaisseaux nationaux.

Article 11.

En conséquence aussi de cette même liberté de navigation et de commerce les citoyens de chacune des Hautes Parties Contractantes pourront librement résider sur le territoire de l'autre, louer des maisons et des magasins, voyager, trafiquer en gros et selon les usages des pays respectifs, transporter productions et monnaies, diriger leurs affaires par eux-même ou par leurs agens selon qu'il leur conviendra le mieux, en se conformant toutefois aux loix et réglemens locaux. Dans le cas où l'une des Parties Contractantes se trouveroit en guerre tandis que l'autre seroit neutre, il est convenu que tout ce que la Partie belligérante auroit stipulé avec d'autres Puissances d'avantageux au pavillon neutre servira encore de règle entre le Mexique et les villes Anséatiques. Afin de prévenir toute méprise relativement à ce qui devra être considéré comme Contrebande de Guerre, il est convenu, (sans néanmoins déroger au principe général ci-dessus énoncé,) d'en restreindre la définition aux articles suivans: Canons, mortiers, fusils, pistolets, grenades, saucisses, affûts, baudriers, poudre, salpêtre, casques, balles, piques, épées, hallebardes, selles, harnais, et autre instrumens quelconques fabriqués à l'usage de la guerre.

Article 12.

Quoique par la contexture de l'Article précédent les Citoyens et sujets des Hautes Parties Contractantes ne puissent ouvrir boutiques ni exercer cette

espèce de commerce en détail, le Gouvernement Mexicain déclare en outre qu'il accorde aux Citoyens des villes Anséatiques pour tout le tems que sa Législation y consentira la faculté d'ouvrir boutiques et d'exercer cette espèce de commerce en détail, pourvu qu'ils se conforment aux conditions que les loix et réglemens locaux imposeront pour le dit objet aux Sujets ou Citoyens des Nations les plus favorisées. Il est en outre convenu que si d'autres privilèges ont été ou seront accordés à d'autres Nations, quant au mode ou manière d'exercer le commerce en détail, les Citoyens Anséatiques devront jouir des mêmes privilèges. Les Gouvernemens Anséatiques déclarent à leur tour que les Citoyens et Sujets Mexicains jouiront en ce qui regarde le commerce de détail de toute la latitude que les loix et réglemens locaux accordent aux Naturels des Nations les plus favorisées, dans le cas même où ces Nations ne seroient point tenues à la réciprocité.

Article 13.

Il est en outre mutuellement convenu que dans aucun des Etats des Hautes Parties Contractantes, il ne sera levé aucuns droits autres ou plus considérables sur aucune propriété personnelle des Citoyens de chacune d'elles respectivement, dans le transport de ces propriétés hors du territoire de ces Etats, (soit en cas d'héritage de ces propriétés, soit autrement,) que ceux qui sont ou qui seront payables dans chaque Etat sur les mêmes propriétés quand elles sont transportées par un Citoyen de cet Etat respectivement.

Article 14.

Les habitans des dits pays trouveront respectivement sur le territoire de l'autre une constante et complète protection pour leurs personnes et propriétés; ils y auront un libre et facile accès auprès des tribunaux de justice pour la poursuite et la défense de leurs droits; ils seront libres d'employer dans toutes les circonstances les avocats, procureurs, ou agens de toutes classes qu'ils jugeront à-propos; enfin ils jouiront sous ce rapport des mêmes droits et privilèges accordés aux Nationaux.

Article 15.

En tout ce qui concerne la police des ports, le chargement et le déchargement des navires, la sûreté des marchandises, biens, et effets, les habitans des dits pays seront respectivement soumis aux loix et statuts du territoire où ils résideront. Ils seront cependant exempts de tout service militaire forcé, soit sur terre, soit sur mer; et ne seront soumis spécialement à aucun emprunt forcé; leurs propriétés ne seront d'ailleurs assujetties à d'autres charges, réquisitions, ou impôts que ceux payés par les Nationaux.

Article 16.

Pour la complète sûreté du commerce entre les Citoyens des Hautes Parties Contractantes, il est convenu que si jamais il survient malheureusement

une interruption des relations amicales, et qu'une rupture ait lieu entre les Hautes Parties Contractantes, on accordera aux commerçans qui résident sur les côtes six mois, et un an entier à ceux qui se trouveraient dans l'intérieur, pour régler leurs affaires et disposer de leurs propriétés, et il est aussi stipulé qu'on leur donnera un sauf-conduit pour qu'ils puissent s'embarquer aux ports que bon leur semblera. Tous ceux qui sont établis dans les territoires respectifs des deux Hautes Parties Contractantes dans l'exercice de quelque commerce ou occupation particulière, auront le privilège d'y rester et de continuer leur commerce ou occupation dans les dits pays, sans leur faire éprouver aucun obstacle dans la jouissance parfaite de leur liberté et de leur propriété, aussi longtems qu'ils se conduiront pacifiquement et sans porter aucune offense aux loix, et leurs biens et effets de quelque espèce qu'ils soient ne seront pas soumis à être saisis, ni à aucune charge ou impôt que ceux qu'on mettra sur les effets ou les biens appartenans aux Citoyens natifs des territoires respectifs dans lesquels les dits Citoyens résident; de la même manière ni les dettes entre particuliers, ni les fonds publics, ni les actions des Compagnies ne seront jamais confisqués ni arrêtés. —

Article 17.

Il est en outre stipulé et convenu que quelques soient les privilèges ou immunités qui aient été accordés ou pourront à l'avenir être accordés à la Nation la plus favorisée en fait de commerce et de navigation, les mêmes privilèges et immunités seront censés être accordés aux Citoyens des Hautes Parties Contractantes et à leurs propriétés, en remplissant toutefois les conditions de réciprocité qu'ils supposent.

Article 18.

Les Citoyens des Républiques Anséatiques de Lubeck, Bremen et Hambourg résidant dans les Etats Unis Mexicains jouiront dans leurs maisons, dans leurs personnes, et dans leurs biens de la protection du Gouvernement, et en continuant dans la possession où ils sont déjà ne seront inquiétés, troublés ni dérangés en aucune manière pour cause de leur religion, pourvu qu'ils respectent celle du pays où ils résident ainsi que la constitution, les loix, les usages, et les mœurs de celui-ci. Ils continueront à jouir complètement du privilège, qui leur a été déjà accordé d'enterrer dans des lieux destinés à cet objet les Citoyens des Républiques Anséatiques de Lubeck, Bremen et Hambourg, qui mourront dans le territoire des Etats Unis Mexicains, et on ne troublera les funérailles ni les tombeaux des morts par quelque motif que ce soit. Les Citoyens du Mexique jouiront dans les territoires des dites Républiques Anséatiques de la même protection, et on leur permettra le libre exercice de leur religion, soit en public, soit en particulier, dans leurs maisons ou dans les églises et lieux destinés au Culte.

Article 19.

Les Hautes Parties Contractantes se réservent le droit d'entrer dans des stipulations additionnelles, afin de faciliter et d'étendre même au-delà de ce qui

est

est compris dans la Convention actuelle, les relations commerciales de leurs Citoyens respectifs, de leurs Etats et territoires, d'après le principe d'avantages reciproques ou équivalens suivant la nature des cas, et après la conclusion d'un Article ou Articles quelconques entre les dites Hautes Parties Contractantes, pour donner effet à ces stipulations, il est ici convenu que l'Article ou les Articles qui pourront être à l'avenir ainsi conclus seront considérés comme faisant partie de la présente Convention.

Article 20.

La présente Convention sera en vigueur durant douze ans à dater de ce jour, passé lequel terme jusqu'à l'expiration de douze mois après que le Gouvernement des Etats Unis du Mexique d'une part, et l'un ou l'autre des Gouvernemens des Républiques Anséatiques de Lubeck, Bremen et Hambourg de l'autre part, auront annoncé leur intention de ne pas la continuer, chacune des Hautes Parties Contractantes se réservant le droit de faire à l'autre la déclaration convenable à l'expiration des douze ans ci-dessus mentionnés; et il sera convenu qu'au terme de douze mois après que la déclaration d'une des Hautes Parties Contractantes aura été reçue par l'autre, cette Convention et toutes les stipulations y comprises cesseront d'être obligatoires pour celui de ces Etats qui donnera ou recevra cette déclaration: bien entendu que cela n'empêche pas la continuation de la bonne amitié et intelligence qui auront existé jusqu' alors et qui doivent durer jusqu' au cas d'une guerre, (ce qu'à Dieu ne plaise). Il est aussi entendu et convenu que si une ou plusieurs des dites Républiques Anséatiques au terme des douze ans, donne au reçoit la déclaration de la cessation de cette Convention, cette Convention nonobstant continuera en pleine vigueur et effet pour les autres Républiques ou la République qui n'aura pas donné ou reçu cette déclaration.

Article 21.

Le présent Traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Londres dans le délai de huit mois ou plutôt s'il est possible.

En foi de quoi les Plénipotentiaires l'ont signé et scellé de leurs sceaux respectifs. —

Fait à Londres le sept du mois d'Avril, l'an de Grâce mil-huit-cent-trente et deux.

(Signé:) **J. Colquhoun.**
(L. S.)

(Signé:) **M. E. de Gorostiza.**
(L. S.)

Zu Anlage A.
zum Antrage des Senats.

D é c l a r a t i o n
des Plénipotentiaires des Villes Anséatiques
et
des Etats Unis du Mexique.
~~~~~

**L**es Plénipotentiaires des Villes Anséatiques et des Etats Unis Mexicains, Signataires du Traité d'amitié, commerce, et navigation entre ces Républiques qui porte la date d'aujourd'hui, également désireux de prévenir tout motif ultérieur de dissentiment ou mesinterprétation par rapport à l'esprit et à la lettre des Articles 3. et 5. du dit Traité, (bien qu'ils croient que cela ne puisse avoir lieu,) sont néanmoins convenus de déclarer, comme ils déclarent par le présent Protocole:

1) Que la teneur de l'Article 3. qui fixe les conditions de la nationalité des navires respectifs, laisse intact le droit incontestable que chaque Partie Contractante possède et se réserve d'altérer ou modifier dans la suite, si cela lui convient, les conditions de nationalité de ses propres vaisseaux marchands. —

2) Que l'Article 5. n'accorde pas réciproquement aux Consuls Anséatiques et Mexicains d'autres ni de plus grands droits, prérogatives ou immunités que ceux qui sont ou seront accordés dans les mêmes Etats aux Consuls des Nations les plus favorisées. —

Et 3) Que quoique les réclamations de ces Consuls doivent d'après le dit Article 5. être prises en considération dans le plus bref délai, il ne s'ensuit pas que les Parties Contractantes doivent altérer ou violer l'ordre économique ou judiciaire déjà établi pour la connaissance des affaires mercantiles.

En foi de quoi les Plénipotentiaires l'ont signée et scellée de leurs sceaux respectifs à Londres le sept du mois d'Avril l'an de Grâce mil-huit-cent-trente-et deux,

(Signé:) **J. Colquhoun.**  
**(L. S.)**

(Signé:) **M. E. de Gorostiza.**  
**(L. S.)**

Uebersetzung.

**Im Namen der heiligen Dreieinigkeit.**

Der Senat der freien Hansestadt **Lübeck**, der Senat der freien Hansestadt **Bremen** und der Senat der freien Hansestadt **Hamburg**, (jeder dieser Staaten für sich besonders) einer Seits, und der Vicepräsident der **Vereinigten Staaten von Mexico** anderer Seits, gleichmäßig beseelt von dem Wunsche, dem Handel und der Schiffahrt der respectiven Länder und ihrer Staatsangehörigen alle möglichen Erleichterungen und Aufmunterungen zu geben, und überzeugt, daß zur Erreichung dieses wünschenswerthen Zweckes nichts mehr beitragen könne, als die Feststellung und Ordnung ihrer Verhältnisse auf der Grundlage der Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit, sind übereingekommen, einen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrts-Vertrag abzuschließen, und haben zu dem Ende ihre Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

der Senat der freien Hansestadt **Lübeck**, der Senat der freien Hansestadt **Bremen** und der Senat der freien Hansestadt **Hamburg**:

den Herrn **James Colquhoun**, ihren Agenten und General-Consul bei der erlauchten Regierung Sr. Majestät des Königs des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland,

und der Vicepräsident der Vereinigten Staaten von Mexico:

Sr. Excellenz Herrn **Manuel Eduardo de Gorostiza**, seinen bevollmächtigten Minister bei Sr. Großbritannischen Majestät;

welche, nachdem sie sich gegenseitig ihre respectiven Vollmachten mitgetheilt, die in guter und gehöriger Form besunden worden, die folgenden Artikel verabredet und beschloffen haben.

**Art. 1.**

Zwischen den Hanseatischen Freistaaten **Lübeck**, **Bremen** und **Hamburg** und ihren Staatsangehörigen und den Vereinigten Staaten von Mexico und ihren Staatsangehörigen soll Freundschaft, gutes Einverständniß und gegenseitige Freiheit des Handels bestehen.

**Art. 2.**

Jeder der contrahirenden Theile kann zum Schutze des Handels Consuln ernennen, welche in dem Gebiete des andern Theiles residiren. — Bevor jedoch ein Consul seine Amtsverrichtungen antritt, muß er in der üblichen Form von der Regierung, zu welcher er geschickt wird, angenommen und zugelassen worden sein; jeder der

beiden contrahirenden Theile kann den Consulu die Residenz an den besondern Plätzen, wo er sie zuzulassen nicht für angemessen hält, verbieten. Die Mexicanischen diplomatischen Agenten und Consulu sollen in den Gebieten der Hanseatischen Republiken Lübeck, Bremen und Hamburg alle Vorrechte, Exemtionen und Befreiungen genießen, die den Agenten vom gleichen Range der am meisten begünstigten Nation gestattet sind, oder künftig gestattet werden. Gleicherweise werden die diplomatischen Agenten und Consulu der Hanseatischen Republiken Lübeck, Bremen und Hamburg in den Mexicanischen Gebieten in genauester Reciprocität alle Vorrechte, Exemtionen und Befreiungen genießen, welche den Mexicanischen diplomatischen Agenten und Consulu in den Gebieten der Hanseatischen Republiken Lübeck, Bremen und Hamburg zugestanden sind, oder künftig zugestanden werden.

### Art. 3.

In Betracht des beschränkten Umfanges der Gebiete der Freistaaten Lübeck, Bremen und Hamburg und der innigen Handels- und Schiffahrts-Verbindung, welche zwischen diesen Freistaaten besteht, hat man festgesetzt und verabredet, daß jedes, die Flagge eines derselben führende Schiff, das als ausschließliches Eigenthum eines oder mehrerer Bürger oder Angehörigen des einen oder des andern anerkannt ist und dessen Capitain ebenfalls Bürger oder Angehöriger des einen oder des andern ist, für alle Gegenstände dieses Vertrags, als ein Lübeckisches, Bremisches oder Hamburgisches Schiff gehalten und betrachtet werden soll; und gegenseitig soll jedes Schiff unter Mexicanischer Flagge, welches einem oder mehreren Mexicanischen Bürgern oder Eingebornen von Mexico ausschließlich gehört und dessen Capitain Bürger oder Angehöriger von Mexico ist, in Betreff aller Verhältnisse, die Gegenstand dieses Vertrages sind, als Mexicanisches Schiff betrachtet und gehalten werden. Man ist ferner übereingekommen, daß jedes Mexicanische Schiff, welches mit seiner Ladung direct nach den Häfen von Lübeck, Bremen oder Hamburg fahren wird, von welchem Lande es auch komme, oder successive von einem zum andern, in Betreff derselben Verhältnisse wie ein Hanseatisches Schiff behandelt werden soll, welches mit seiner Ladung zwischen diesen Häfen fährt.

### Art. 4.

Man ist ferner übereingekommen, daß jedes, unter den im vorigen Artikel festgesetzten Bedingungen segelfertige Schiff mit einem Register, Paß oder Sicherheitsbriefe, von der zu diesem Ende gehörig befugten Person unterzeichnet, (deren Formular die contrahirenden Theile sich gegenseitig mittheilen werden,) versehen sein muß; man wird in denselben nach den Gesetzen jedes Landes, den Namen, das Geschäft und den Wohnort des Eigenthümers der Ladung, die Dimensionen und alle andern Eigenschaften, welche die Nationalität des Schiffes erkennen lassen, anzeigen.

### Art. 5.

Gleicherweise ist man übereingekommen, daß es den respectiven Consulu gestattet sein soll, jedesmal, wenn ihnen nachgewiesen wird, daß ein Artikel in dem Tarif über

feinen Werth angesetzt ist, Vorstellungen zu machen, so daß diese Vorstellungen in möglichst kurzer Frist in Erwägung gezogen werden sollen, ohne daß für die Abfertigung der Waaren irgend eine Verzögerung daraus erfolge.

#### Art. 6.

Die Tonnen-, Leuchthurm-, Hafen-, Loots- und Vergungsgelder und alle andern Localabgaben sollen in allen Häfen von Lübeck, Bremen und Hamburg für die Mexicanischen Schiffe durchaus dieselben sein, wie diejenigen, welche in denselben Häfen die Schiffe der am meisten begünstigten Nationen bezahlen; ebenso sollen sie in den Häfen von Mexico für die Lübeckischen, Bremischen und Hamburgischen Schiffe genau dieselben sein, wie diejenigen, welche die Schiffe der am meisten begünstigten Nationen in denselben Häfen entrichten.

#### Art. 7.

Vom heutigen Tage an und nach dieser Zeit sollen die Lübeckischen, Bremischen und Hamburgischen Schiffe, welche in den Häfen von Mexico ankommen oder dieselben verlassen, und die Mexicanischen Schiffe, welche in den Häfen von Lübeck, Bremen und Hamburg ankommen oder dieselben verlassen, keinen anderen oder höheren Schiffsabgaben unterworfen sein, als denjenigen, welche den Schiffen der am meisten begünstigten Nation bei ihrer Ankunft in diesen Häfen oder bei ihrem Abgange gegenwärtig auferlegt sind oder in der Folge auferlegt werden mögen.

#### Art. 8.

Alle Waaren und Handelsgegenstände, welche gesetzlich aus irgend einem Lande in die Häfen von Mexico durch Schiffe der am meisten begünstigten Nation eingeführt werden können, sollen gleichmäßig aus irgend einem Lande durch Lübeckische, Bremische oder Hamburgische Schiffe eingeführt werden können; und alle Waaren und Handelsgegenstände, welche gesetzlich aus den Mexicanischen Häfen nach irgend einem Lande durch Schiffe der am meisten begünstigten Nation ausgeführt werden können, sollen gleichfalls nach irgend einem Lande durch Lübeckische, Bremische und Hamburgische Schiffe ausgeführt werden können. Und alle Waaren und Handelsgegenstände, welche aus irgend einem Lande in die Häfen von Lübeck, Bremen und Hamburg durch die Schiffe der am meisten begünstigten Nation eingeführt werden können oder aus denselben Häfen durch die besagten Schiffe ausgeführt werden können, sollen gleichmäßig durch Mexicanische Schiffe eingeführt und ausgeführt werden können.

#### Art. 9.

Alle Waaren und Handelsgegenstände, deren Einfuhr in die Häfen von Lübeck, Bremen und Hamburg erlaubt ist, sollen genau denselben Abgaben und denselben zur Einfuhr erforderlichen Formlichkeiten unterworfen sein, mögen sie durch die Schiffe der am meisten begünstigten Nation oder durch Mexicanische Schiffe eingeführt werden, und es werden für alle Waaren und Handelsgegenstände, deren Ausfuhr aus den Häfen von Lübeck, Bremen und Hamburg erlaubt ist, dieselben Prämien, Rückzölle

und Vortheile und dieselben zur Ausfuhr erforderlichen Förmlichkeiten bewilligt werden, möge die Ausfuhr durch die Schiffe der am meisten begünstigten Nation oder durch Mexicanische Schiffe geschehen; und dieselbe Reciprocität soll in den Häfen von Mexico in Betreff aller Waaren und Handelsgegenstände, welche in den Schiffen der besagten Republiken Lübeck, Bremen und Hamburg gesetzlich eingeführt oder ausgeführt werden, beobachtet werden. Außerdem ist man übereingekommen, daß, wenn die Mexicanische Regierung die Flagge irgend einer Nation mit der Nationalflagge in allen Fällen auf gleichen Fuß setzt, dieselben Vortheile den Lübeckischen, Bremischen und Hamburgischen Flaggen bewilligt werden sollen, und eben so, daß in diesem Falle der Mexicanischen Flagge in den besagten Hanseatischen Häfen dieselben Vorrechte gewährt werden, welche die Nationalflagge genießt.

#### Art. 10.

In Folge der durch diesen Traktat gegenseitig festgesetzten Schifffahrts- und Handelsfreiheit dürfen die Staatsangehörigen der Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg mit ihren Schiffen in die Häfen, Rheden und Ankerplätze des Mexicanischen Gebiets einlaufen, welche dem auswärtigen Handel geöffnet sind, und in welche die Staatsangehörigen und Schiffe der am meisten begünstigten Nation einlaufen dürfen oder künftig dürfen werden. Die Mexicanischen Staatsangehörigen und Schiffe werden dasselbe Recht in den Häfen, Rheden und Ankerplätzen der Hanseatischen Gebiete haben, die dem auswärtigen Handel geöffnet sind, und in welche die Staatsangehörigen und Schiffe der am meisten begünstigten Nationen einlaufen dürfen oder dürfen werden. Unter dem Rechte, in alle Derter, Häfen und Ankerplätze, die in dem gegenwärtigen Artikel erwähnt sind, einzulaufen, ist nicht das Recht, den Handel von Hafen zu Hafen, noch das Vorrecht, den Küstenhandel zu betreiben, begriffen, als welche den Nationalschiffen vorbehalten bleiben.

#### Art. 11.

Auch können in Folge dieser selben Schifffahrts- und Handelsfreiheit die Staatsangehörigen eines jeden der hohen contrahirenden Theile in dem Gebiete des Andern unbehindert wohnen, Häuser und Speicher miethen, reisen, im Großen und nach den Gebräuchen der respectiven Länder Handel treiben, Producte und Gelder transportiren, ihre Angelegenheiten selbst oder durch ihre Agenten, wie es ihnen am besten passen wird, leiten, indem sie sich überall nach den örtlichen Gesetzen und Verordnungen richten. In dem Falle, daß einer der contrahirenden Theile sich im Kriege befinden wird, während der andere neutral bleibt, ist man übereingekommen, daß alles, was die kriegführende Partei mit andern Mächten zum Vortheil der neutralen Flagge festgesetzt hat, auch als Regel zwischen Mexico und den Hansestädten dienen soll. Um jedem Mißverständnisse in Beziehung auf das, was als Kriegs-Contrebande angesehen werden soll, vorzubeugen, ist man übereingekommen (jedoch ohne von dem oben ausgesprochenen allgemeinen Grundsatz abzugehen), deren Bezeichnung auf folgende Artikel einzuschränken: Kanonen, Mörser, Gewehre, Pistolen, Granaten, Zündwürste, Laffetten, Wehrgehänge, Pulver, Salpeter, Helme, Kugeln, Piken, Degen, Hellebarden, Sättel, Pferdegeschirr und alle andere zum Kriegsgebrauche verfertigten Werkzeuge.

Art.

**Art. 12.**

Obgleich nach dem Wortlaute des vorigen Artikels die Staatsangehörigen und Unterthanen der hohen contrahirenden Theile keine Läden eröffnen, noch diese Art des Detailhandels treiben dürfen, so erklärt doch die Mexicanische Regierung überdies, daß sie den Staatsangehörigen der Hansestädte, für die ganze Zeit, wo ihre Legislation es zugiebt, die Befugniß, Läden zu eröffnen und diese Art des Detailhandels zu betreiben, erteilt, vorausgesetzt, daß sie sich den Bedingungen fügen, welche die örtlichen Gesetze und Verordnungen in besagter Hinsicht den Unterthanen oder Bürgern der am meisten begünstigten Nationen auferlegen.

Ferner ist man übereingekommen, daß wenn andern Nationen andere Vorrechte in Betreff der Art und Weise, den Detailhandel zu betreiben, bewilligt sind oder künftig bewilligt werden, die Hanseatischen Staatsangehörigen dieselben Vorrechte genießen sollen. Die Hanseatischen Regierungen ihrerseits erklären, daß die Mexicanischen Bürger und Angehörigen in Betreff des Detailhandels allen Spielraum genießen sollen, welchen die örtlichen Gesetze und Verordnungen den Eingebornen den am meisten begünstigten Nationen gewähren, selbst in dem Falle, wo diese Nationen nicht zur Reciprocität gehalten sind.

**Art. 13.**

Ferner ist man übereingekommen, daß in keinem der Staaten der hohen contrahirenden Theile von irgend einem persönlichen Eigenthume der Angehörigen eines Jeden unter ihnen beziehungsweise, bei der Wegführung desselben aus dem Gebiete dieser Staaten (es sei im Falle einer Vererbung dieses Eigenthums oder auf andere Weise) andere oder höhere Abgaben erhoben werden sollen, als diejenigen, welche in jedem Staate von demselben Eigenthume zu zahlen sind oder sein werden, wenn es durch einen Angehörigen dieses Staates weggeführt wird.

**Art. 14.**

Die Bewohner der besagten Länder sollen beziehungsweise auf dem Gebiete des Andern einen beständigen und vollständigen Schutz für ihre Personen und ihr Eigenthum finden; sie sollen freien und leichten Zugang zu den Gerichtshöfen, Behufs der Verfolgung oder Vertretung ihrer Rechte haben; es soll ihnen freistehen, sich unter allen Umständen der Advocaten, Anwalde oder Agenten aller Art, die sie für angemessen erachten werden, zu bedienen; kurz, sie sollen in dieser Hinsicht dieselben Rechte und Vorrechte genießen, die den Eingebornen gestattet sind.

**Art. 15.**

In Allem, was die Hafenpolizei, die Beladung und Ausladung der Schiffe, die Sicherheit der Waaren, Güter und Effecten betrifft, werden die Bewohner der besagten Länder beziehungsweise den Gesetzen und Bestimmungen des Gebietes, in welchem sie wohnen, unterworfen sein. Jedoch werden sie von allen gezwungenen Militairdiensten, es sei zu Lande oder zu Wasser, befreit sein und insbesondere keiner gezwungenen Anleihe unterworfen werden; ihr Eigenthum soll überdies keinen andern Lasten, Requisitionen oder Abgaben unterworfen sein, als denjenigen, welche die Eingebornen entrichten.

**Art. 16.**

Behufs der vollständigen Sicherheit des Handels zwischen den Staatsangehörigen der hohen contrahirenden Theile ist man übereingekommen, daß, wenn jemals unglücklichweise eine Unterbrechung der freundschaftlichen Verhältnisse und ein Bruch zwischen den hohen contrahirenden Theilen Statt fände, man den Handeltreibenden, welche an der Küste residiren, sechs Monate, und ein ganzes Jahr denen, welche sich im Innern befinden, bewilligen wird, um ihre Angelegenheiten zu ordnen und über ihr Eigenthum zu verfügen; auch ist festgestellt, daß man ihnen ein Sicherheitsgeleit geben wird, damit sie sich in denjenigen Häfen, wo es ihnen beliebt wird, einschiffen können. Alle diejenigen, welche in den gegenseitigen Gebieten der hohen contrahirenden Theile in der Betreibung irgend eines Handels oder einer besondern Beschäftigung ansässig sind, werden das Recht haben, dort zu bleiben und in den besagten Ländern ihren Handel oder ihre Beschäftigung fortzusetzen, ohne daß sie irgend ein Hinderniß in dem vollkommenen Genuße ihrer Freiheit und ihres Eigenthums zu erleiden haben, so lange sie sich friedlich betragen und die Gesetze nicht verletzen, und ihre Güter und Effecten, von welcher Art sie sein mögen, sollen weder der Beschlagnahme noch irgend einer Last oder Abgabe unterworfen sein, außer solchen, welche man auf die, den eingebornen Bürgern der betreffenden Gebiete, in welchen die besagten Staatsangehörigen wohnen, gehörigen Güter und Effecten legen wird; gleicherweise sollen weder die Schulden der Privatpersonen, noch öffentliche Fonds, noch Actien von Gesellschaften jemals confiscirt oder mit Beschlagnahme belegt werden.

**Art. 17.**

Ferner ist festgesetzt und verabredet worden, daß, welche Vorrechte oder Befreiungen auch der am meisten begünstigten Nation in Handels- und Schiffahrtsangelegenheiten gewährt sein mögen oder künftig gewährt werden, dieselben Vorrechte und Befreiungen als den Staatsangehörigen der hohen contrahirenden Theile und ihren Besitzthümern ertheilt angesehen werden sollen, so jedoch daß überall dabei die Bedingungen der Reciprocität, welche sie voraussetzen, erfüllt werden.

**Art. 18.**

Die Staatsangehörigen der Hanseatischen Republiken Lübeck, Bremen und Hamburg, welche sich in den Vereinigten Staaten von Mexico aufhalten, genießen für ihre Wohnungen, für ihre Personen und für ihre Güter den Schutz der Regierung, und indem sie in dem Besitze, in welchem sie sind, verbleiben, sollen sie auf keine Weise wegen ihrer Religion beunruhigt, angefochten oder gestört werden, vorausgesetzt, daß sie derjenigen des Landes, in welchem sie wohnen, so wie dessen Verfassung, Gesetzen, Gebräuchen und Sitten Achtung bezeugen. Das ihnen schon bewilligte Vorrecht, an den dazu bestimmten Orten die in dem Gebiete der Mexicanischen Staaten gestorbenen Staatsangehörigen der Hanseatischen Republiken Lübeck, Bremen und Hamburg zu begraben, werden sie ferner vollständig ausüben, und sollen weder die Leichenbegängnisse noch die Gräber der Verstorbenen unter irgend einem Vorwande beunruhigt werden. Die Staatsangehörigen von Mexico sollen in den Gebieten der besagten Hanseatischen Republiken denselben Schutz genießen, und man wird ihnen die freie

freie Ausübung ihrer Religion, sei es öffentlich oder privatim, in ihren Wohnungen oder in den Kirchen und den zum Gottesdienste bestimmten Orten, erlauben.

#### Art. 19.

Die hohen contrahirenden Theile behalten sich das Recht vor, Zusatzbestimmungen zu treffen, um die Handelsverhältnisse ihrer gegenseitigen Bürger, ihrer Staaten und Gebiete nach dem Grundsätze gegenseitiger oder gleichgeltender Vortheile, je nach der Beschaffenheit der Fälle, zu erleichtern, oder selbst über das hinaus, was in dem gegenwärtigen Vertrage enthalten ist, auszudehnen; und um nach dem Abschlusse irgend eines oder mehrerer Artikel zwischen den besagten hohen contrahirenden Theilen diese Bestimmungen in Kraft treten zu lassen, ist man übereingekommen, daß der oder die Artikel, welche auf diese Weise in Zukunft geschlossen werden mögen, als ein Theil des gegenwärtigen Vertrages angesehen werden sollen.

#### Art. 20.

Gegenwärtiger Vertrag soll vom heutigen Tage an gerechnet auf zwölf Jahre gültig sein. Nach Verlauf dieses Zeitraums und bis zum Ablaufe von zwölf Monaten, nachdem die Regierung der Vereinigten Staaten von Mexico einer Seits, und eine oder die andere der Regierungen der Hanseatischen Republiken Lübeck, Bremen und Hamburg anderer Seits ihre Absicht erklärt haben, ihn nicht fortzu dauern zu lassen, behält sich jeder der hohen contrahirenden Theile das Recht vor, dem andern die diesfällige Erklärung beim Ablauf der oben erwähnten zwölf Jahre zu geben; und es ist festgesetzt, daß nach Ablauf von zwölf Monaten, nachdem die Erklärung eines der hohen contrahirenden Theile bei dem andern eingegangen, dieser Vertrag und alle darin enthaltenen Bestimmungen aufhören sollen, für denjenigen dieser Staaten, welcher diese Erklärung geben oder erhalten wird, bindend zu sein, wohlverstanden, daß dies die Fortdauer der guten Freundschaft und des guten Einvernehmens, welche bis dahin bestanden haben, und welche bis zum Fall eines Krieges (was Gott verhüten möge) dauern sollen, nicht verhindert. Dabei ist zu verstehen und verabredet, daß, wenn eine oder mehrere der besagten Hanseatischen Republiken nach Ablauf der zwölf Jahre eine Kündigung dieses Vertrags geben oder empfangen, der erwähnte Vertrag dennoch für die andern Freistaaten oder den andern Freistaat, welche solche Erklärung weder abgegeben noch empfangen haben, in voller Kraft und Wirksamkeit bleiben solle.

#### Art. 21.

Gegenwärtiger Traktat soll ratificirt werden und die Ratificationen sollen zu London in dem Zeitraume von 8 Monaten oder wenn möglich noch früher ausgetauscht werden.

Zur Beglaubigung dessen haben die Bevollmächtigten ihn unterzeichnet, und ihre Siegel beigeschloßen.

So geschehen zu London am siebenten des Monats April, im Jahr des Heils Eintausend Achthundert und Zwei und Dreißig.

(unterz.:) **J. Colquhoun.**  
(L. S.)

(unterz.:) **M. E. de Gorostiza.**  
(L. S.)

Uebersetzung.

**E r k l ä r u n g**  
**der Bevollmächtigten der Hansestädte**  
 und  
**der Vereinigten Staaten von Mexico.**

Da die Bevollmächtigten der Hansestädte und der Vereinigten Mexicanischen Staaten, als Unterzeichner des Freundschafts-, Handels- und Schiffahrts-Vertrages zwischen diesen Republiken, welcher das heutige Datum trägt, gleichmäßig jedem fernern Grunde zum Mißverständniß oder zu verkehrter Auslegung in Beziehung auf den Geist und den Buchstaben der Artikel 3 und 5 des besagten Traktats zuvorkommen wünschen, (wiewohl sie nicht glauben, daß solches stattfinden könne,) so haben sie nichts desto weniger verabredet, zu erklären, wie solches durch gegenwärtiges Protokoll geschieht:

1) Daß der Inhalt des Artikel 3, welcher die Bedingungen der Nationalität der respectiven Schiffe festsetzt, das unbestreitbare Recht, welches jeder contrahirende Theil besitzt und sich vorbehält, in der Folge, wenn es ihm beliebt, die Bedingungen der Nationalität seiner eignen Kauffahrthei-Schiffe abzuändern oder zu modificiren, unangetastet läßt.

2) Daß der Artikel 5 den Hanseatischen und Mexicanischen Consuln gegenseitig weder andere noch größere Rechte, Vorrechte oder Befreiungen erteilt, als diejenigen, welche in denselben Staaten den Consuln der am meisten begünstigten Nationen gewährt sind oder künftig gewährt werden. Und

3) daß, wiewohl die Reclamationen dieser Consuln nach dem besagten Artikel 5 in möglichst kurzer Frist in Erwägung gezogen werden sollen, es daraus doch nicht folge, daß die contrahirenden Theile die bereits bestehende ökonomische oder gerichtliche Ordnung Behufs der Cognition der Handels-Angelegenheiten verändern oder verlegen sollen.

Zur Beglaubigung haben die Bevollmächtigten Gegenwärtiges unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen, zu London am siebenten des Monats April im Jahr des Heils Eintausend Achthundert und Zwei und Dreißig.

(unterz.:) **J. Colquhoun.**  
**(L. S.)**

(unterz.:) **M. E. de Gorostiza.**  
**(L. S.)**

**Anlage B.**  
zum Antrage des Senats.

**Bericht der Militair-Deputation,**  
die  
**Ausführung des Bundesbeschlusses**  
vom 24. Juni d. J.  
betreffend.

Im Convente vom 23. Juli d. J. ist der Militair-Deputation aufgetragen:

über die Ausführung des vom Senate der Bürgerschaft seinem Hauptinhalte nach mitgetheilten Bundesbeschlusses vom 24. Juni d. J., welcher mancherlei ergänzende Vorschriften in Betreff der Bundes-Kriegs-Verfassung zum Gegenstande hat, Vorschläge zu berathen und darüber zu berichten.

Die Militair-Deputation hat sich sorgfältig mit den Vorschriften dieses Beschlusses des Deutschen Bundes bekannt gemacht, und hat daraus entnehmen zu dürfen geglaubt, daß, wenn gleich die Befolgung derselben sich nicht vermeiden läßt, sondern wir dem neuen Bundesgesetze, wie sehr auch die militairischen Verpflichtungen der Staaten dadurch vergrößert werden, pflichtmäßig vollständige Folge zu leisten haben, sich dennoch die bei uns neuerdings getroffenen Einrichtungen wohl damit werden in Einklang bringen lassen, ohne dieselben wesentlich verändern zu müssen.

In dieser Hinsicht hofft sie, daß die Annahme folgender Vorschläge dazu ausreichen werden:

1) Der Bundesbeschluß verlangt, daß außer der Ersatzmannschaft auch die Reserve zum Belaufe von Einem Dritttheil des Contingents in Bereitschaft gehalten werde und aus Leuten bestehe, die ihre militairische Ausbildung erhalten haben.

Um dieses zu erstreben, ist daher zunächst nur erforderlich, daß die Militair-Deputation ermächtigt werde, außer der schon beschlossenen Einberufung der zur etwanigen Ergänzung und Vollzählighaltung des Contingents nöthigen Ersatzmannschaft auch die weiter für die vorgeschriebene Reserve bestimmte Anzahl von Wehrpflichtigen einzuberufen, um die militairische Ausbildung zu erhalten und zu dem Ende an den anzuordnenden Waffenübungen Theil zu nehmen.

2) Es stellt sich als nothwendig dar, daß die gesammte, aus den Wehrpflichtigen der Ersagmannschaft und der Reserve zusammen kommende Anzahl eine gehörige militairische Formation erhalte, weil ein solcher Haufen, der nicht die nöthige militairische Eintheilung und Gliederung bekommen hat, nicht eingeübt werden kann.

Daher empfiehlt es sich, daraus eine besondere Reserve-Compagnie zu bilden, welche nach Art des ehemaligen vierten Bataillons der Bürgerwehr für sich bestehen bleibt, und würden nur für die Ueungszeit die schon im Contingente als Cadres der Reserve enthaltenen Unteroffiziere und Spielleute dabei zu benutzen sein. Solchergehalt würde der Beschluß vom 2. April möglichst aufrecht erhalten, daß die einberufenen Wehrpflichtigen im Frieden noch vom geworbenen Stamme abgesondert bleiben und besonders für sich eingeübt werden sollen.

Das vierte Bataillon der Bürgerwehr selbst wieder herzustellen, kann, wenn es sich auch in irgend einer Form mit dem Contingente in Verbindung bringen ließe, die Last der Wehrpflicht nicht erleichtern, sondern nur erschweren, weil dann alle junge Leute dieses Alters demselben beitreten und ihre Zeit zu der militairischen Ausbildung hergeben müßten, dennoch eine Ausloosung oder Zurückhalten der durch das Loos zunächst an der Reihe Stehenden sich gar nicht vermeiden ließe u. s. w., der viel größeren Kosten für die Staatskasse nicht einmal zu gedenken. — Durch die vorgeschlagene Bildung einer Reserve-Compagnie aus den Wehrpflichtigen der Ersagmannschaft und der Reserve wird aber auf einfachere Weise ganz das Nämliche erreicht.

3) Es ist aber zugleich nothwendig, daß für diese besondere Compagnie die nöthigen Offiziere angestellt werden, weil das vorhandene Offiziercorps nicht stark genug ist, dieselben zur Ausbildung der Reserve-Compagnie neben ihrem übrigen Dienste abgeben zu können. Die Deputation muß daher empfehlen, noch einen Hauptmann und zwei Lieutenants anzusetzen, wobei jedoch die Gestaltung des Bundesbeschlusses, daß die Hälfte der Offiziere der Reserve im Frieden aus solchen bestehen könne, die verabschiedet aber noch diensttauglich sind, berücksichtigt werden könnte. Es ist deßhalb die Meinung, daß ein sonst doch ehestens zu pensionirender Offizier Chef dieser Compagnie und die Zahl der Lieutenants bei jeder der beiden Stammcompagnien zwar um Einen vermehrt, von ihnen insgesammt aber während der Ueungszeit der Reserve-Compagnie zwei dahin abgehen werden.

4) Nach der auf dem Conventsbeschlusse vom 2. April d. J. gegründeten Verordnung vom 5. desselben Monats, soll die Dienstzeit vom 1. Januar des ersten bis zum letzten December des dritten Dienstjahres dauern. Jener erstere Zeitpunkt zeigt sich aber für die ganze Einrichtung in Betreff der Einberufung und Ausbildung der Wehrpflichtigen nicht angemessen.

Wenn die Verpflichtung derselben mit dem 1. April anhöbe und bis zum 31. März des Jahres, womit das dritte Dienstjahr abläuft, dauerte, so könnten die ersten drei Monate des Jahres noch vorher zur Einzeichnung, Ausloosung, Untersuchung der Dienstfähigkeit und dergleichen Vorbereitungen benutzt werden, die eigent-  
liche

liche Einberufung aber immer erst im Anfange Aprils erfolgen und die jungen Leute nach drei Jahren zu derselben Zeit wieder entlassen werden, welches auch mit der vom Bunde vorgeschriebenen Ausbildungszeit besser zusammen passen würde. — Für die jungen Leute würde aber eine Erleichterung dadurch erreicht werden, weil sie, so lange es Frieden bleibt, schon im dritten Jahre nach beendigter Übungszeit im Herbst beurlaubt werden könnten und dann gar nicht wieder einzutreten brauchten, ihre Verpflichtung also nur für den Fall eines ausbrechenden Krieges fortbestände.

Deshalb schlägt die Deputation die abändernde Bestimmung vor, daß die Dienstzeit erst mit dem 1. April desjenigen Jahres, worin die jungen Leute ihr 20stes Jahr vollenden, anheben und bis zum 31. März des Jahres, worin sie ihr 23stes Jahr vollenden, dauern solle.

5) Der Bundesbeschluß enthält über die militairische Ausbildung, welche die Mannschaften im Allgemeinen erhalten sollen, und über die etwa darauf zu verwendende Zeit verschiedene Vorschriften, welche allerdings zu beachten sein werden. Indessen wird deshalb, nach der Meinung der Deputation keine besondere Einrichtung zu beschließen sein, weil die Bestimmung des §. 9 der Verordnung vom 5. April d. J., wornach die Waffenübungen für die junge Mannschaft so wenig störend für ihre bürgerlichen Geschäfte angeordnet werden sollen, als es mit dem Zwecke der Übungen verträglich ist, immerhin bestehen bleiben kann, jedoch bei der Beurtheilung des mit dem Zwecke, der militairischen Ausbildung nämlich, Verträglichen, die Bundesgesetzlichen Anordnungen nothwendig von der Militair-Deputation zu berücksichtigen sein werden.

Die Militair-Deputation würde nur zugleich der Ermächtigung bedürfen, auch für die Ausbildung der der Cavallerie zuzurechnenden Reservemannschaft analoge Einrichtungen, wie hinsichtlich der Infanterie vorgeschlagen ist, zu treffen.

6) Wenn endlich der Bundesbeschluß vorschreibt, daß das Material der Rüstungen für den complete Stand des auf den Kriegsfuß berechneten Contingents auch in Friedenszeiten in gehöriger Anzahl und Eigenschaft, hinsichtlich alles zur Bewaffnung, Bekleidung, Equipirung und Felddausrüstung jeder Art Erforderlichen, vollständig vorhanden sein müsse, und ganz ausdrücklich diese nämliche Vollständigkeit des Materials auch für die Reserve erfordert, so scheint es der Deputation unerläßlich, diesem Folge zu leisten. Sie hat sich auch bereits bemüht, vieles darin vorzubereiten, und wenn gleich die verlangte Vollständigkeit noch nicht hat erreicht werden können, so scheint es doch nothwendig, auf die Erstrebung derselben fernerhin möglichst Bedacht zu nehmen. Sie muß daher darauf antragen, ihr die Vollmacht zu geben, so überhaupt als insbesondere auch für die Reserve diese Ausrüstungen anzuschaffen.

Sie ist zwar noch zur Zeit nicht im Stande, vollständige Anschläge darüber vorzulegen, jedoch hofft sie mit dem bereits im Anfange dieses Jahres dafür ausgesetzten außerordentlichen Fond in diesem Jahre auszukommen, und wird sie, wenn dieses nicht der Fall sein sollte, genaueren Bericht darüber zu erstatten nicht verfehlen,

jedenfalls aber im Stande sein, zum Budget des nächsten Jahres über alle Erfordernisse nachträglich specielle Berechnungen ordnungsmäßig einzubringen.

Die Deputation, welche sich der Hoffnung überläßt, daß auf diese einfache Weise mit freilich nicht ganz zu vermeidenden, aber doch möglichst ermäßigten weiteren Anstrengungen dem Bundesbeschlusse ausreichende Genüge geleistet werden könne, empfiehlt schließlich, sie recht bald in den Stand zu setzen, darnach die ferneren Anordnungen zu treffen und die ihr aufgetragene neue Organisation unsers Militairwesens zu vollenden.